

N I E D E R S C H R I F T

über die 28. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	10.10.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:15 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss:

Stv Schmidt, André - als Vorsitzender -
Stv Eberlein, Klaus-Peter - als Vorsitzender zu TOP 5 öT -
AM Janson, Ingo - für AM Klein, Marc -
AM Leonhardt, Traugott - bis 17.45 Uhr, während TOP 6 öT -
AM Otterbach, Christoph
Stv Rujanski, Detlef
AM Schiltz, Ingmar - für AM Leonhardt, Traugott, ab 17.45 TOP 6 öT -
Stv Sintzen, Gerlinde - bis 18.05 Uhr, während TOP 7 öT -
AM Sondermann, Christian Paul - für Stv Klöpperpieper, Rolf -

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

AM Griffig, Thomas - für AM Klein, Anneliese -
AM Löwenberg, Horst

III. Von den Jugendverbänden:

Am Berger, Joachim
Stv Lauble, Wilhelm
AM Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter -

IV. Beratende Mitglieder:

StR Dr. Rohr, Werner
Städt. VD Fischer, Horst
Stv Al-Omary, Falk - ab 17.20 Uhr, während TOP 5 öT -
AM Aydin, Veli - für AM Koyuncu, Ebubekir -

AM Dr. Czell, Gernot
AM Dr. Feische, Bärbel
Stv Groß, Michael
AM Gürke, Volker
AM Schneider, Martina - bis 17.30 Uhr, während TOP 6 öT -
Stv Tielsch, Ingrid Karin

V. Als Zuhörer:

AM Schollmeyer, Wolfgang

VI. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um den nachgereichten Punkt 3.1 erweitert.

Auf Antrag von Herrn Rujanksi wird dem öffentlichen Teil ferner der neue Punkt 10 „Stadtteilbüros Heidenberg / Fischbacherberg“ hinzugefügt. Dieser wird im Anschluss an TOP 5 behandelt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Da Frau Katz an der Sitzungsteilnahme verhindert ist, wird Herr Janson zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmt.

28. JHA 10.10.2002

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom

Die Niederschriften vom 05.06.2002 und vom 02.07.2002 werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

28. JHA 10.10.2002

3. Fragestunde

3.1 Jugendtreff Bertramsplatz

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 02.10.2002

Ein Vermerk des Fachbereich 7/5, der der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, wird durch Frau Witt verlesen. Sie entschuldigt den Fachbereichsleiter der Hochbauabteilung Herrn Krieger, der an der Einwohnerversammlung Kaan-Marienbornt teilnimmt.

Herr Groß bittet, dass ein Vertreter des Fachbereichs 7/5 in der nächsten Sitzung zur Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung steht.

►►► Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

28. JHA 10.10.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

28. JHA 10.10.2002

5. Entwicklung der Hilfen zur Erziehung

Vorlagenr. 2231/2002 - Vorlage vom 20.09.2002

Herr Schmidt erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil. Herr Eberlein übernimmt zur Abhandlung dieses Punktes den Vorsitz.

Frau Juchems-Voets teilt mit, dass der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) mit Personalschwierigkeiten zu kämpfen hat. Die derzeit herrschende Unterbesetzung könnte die Qualitätssicherung der laufenden Projekte gefährden und hat zur Konsequenz, dass sich die Kosten im Bereich der Heimunterbringung zwangsläufig erhöhen werden.

Herr Groß ist über die Stellensituation im ASD erschrocken. Er beantragt, dass der Jugendhilfeausschuss dem Rat empfehlen sollte, die Wiederbesetzungssperre für den Bereich des ASD aufzuheben.

Bezüglich des Berichtes ist er der Ansicht, dass er im Rahmen des Beschlussvorschlages zwar Kenntnis nehmen kann, aber weitergehende Entscheidungen sollten nicht getroffen werden. Ein Beschluss kommt erst nach Vorliegen des Schlussberichtes beschränkt auf das Kinder-, Jugend- und Familienzentrum (KiJuFaZ) in Betracht.

Frau Tielsch bemerkt positiv, dass die Heimunterbringungen gesunken seien und

eine gute Arbeit vor Ort geleistet wird. Sie ist der Ansicht, dass ein Beschluss auf Grund dieses Zwischenberichtes durchaus gefasst werden kann.

Dem Antrag von Herrn Groß kann sich Herr Rujanski anschließen.

Herr Dr. Czell stellt klar, dass auch Leistungen des ambulanten Bereichs können mit dem Zentrum vernetzt werden könnten, um eine ortsnahe Versorgung zu gewährleisten.

Die Pflegekinderdienstberatung sollte erneut anhand einer speziellen Vorlage im Jugendhilfeausschuss beraten werden, so Frau Sintzen.
Über den geplanten Standort eines Jugendzentrums in Weidenau ist eine erneute Beratung erforderlich. Ihrer Ansicht nach, ist das Einzugsgebiet zu groß, um eine örtliche Versorgung sicherzustellen.

Im Sommer 2003 sollte die Zukunft der Zentren geklärt sein, so Frau Juchems-Voets. Sie bietet an, bis zum Beginn des Jahres 2003 eine spezielle Vorlage zum KiJuFaZ zu erstellen, um dem Ausschuss einen konkreteren Einblick in diese Maßnahme zu geben.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen, die Wiederbesetzungssperre für den Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienst aufzuheben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 4 Enthaltungen (CDU)

Beschluss (mit Änderung):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Bericht Hilfen zur Erziehung vom September 2002 zur Kenntnis. Zu Beginn des Jahres 2003 wird auf Basis einer speziellen Vorlage zu dem Kinder-, Jugend- und Familienzentrum eine erneute Beratung über die Fortsetzung der Projekte im Rahmen der Hilfen zur Erziehung stattfinden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**6. Kindertageseinrichtungen
Beförderung von Kindergartenkindern aus Siegen-Feuersbach zum Ev.
Kindergarten Am Nochen 6 in Siegen - Kaan-Marienborn**

Vorlagennr. 2099/2002 - Vorlage vom 01.07.2002

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dass der bestehende Bustransport für die Kinder aus Siegen-Feuersbach zum Kindergarten Am Nochen 6, Siegen - Kaan-Marienborn, weiterhin, und zwar bis zum Ende des Kindergartenjahres 2003/2004 durchgeführt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**7. Förderung der Kinder- und Jugendarbeit - Antrag auf Anerkennung als
Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII**

Vorlagennr. 2225/2002 - Vorlage vom 23.09.2002

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, den „Verein zur Förderung der Waldorfschule für Erziehungshilfe e.V.“ Siegen als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anzuerkennen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**8. Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
- Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse
- Zeitraum 01.07.2001 - 30.06.2002 - Fachbereich 5**

Vorlagennr. 2156/2002 - Vorlage vom 20.08.2002

►►► Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

**9. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 5
- Soziales, Familien, Jugend, Wohnen**

Vorlagennr. 2157/2002 - Vorlage vom 16.08.2002

Herr Rujanski macht darauf aufmerksam, dass im drittletzten Absatz das Wort „nicht“ gestrichen werden sollte. Ihn interessiert, welche Positionen von der Spende betroffen sind. Die Antwort kann dem Protokoll beigelegt werden.

►►► Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

10. Stadtteilbüros Heidenberg und Fischbacherberg

Herr Eberlein begrüßt grundsätzlich den Antrag der CDU-Fraktion für die Ratssitzung am 30.10.2002, die Stellen für die Stadtteilbüros in unbefristete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Dennoch darf der Jugendhilfeausschuss bei einer Entscheidung nicht übergangen werden.

Herr Schmidt weist darauf hin, dass die notwendige Diskussion im Fachausschuss nach der Ratssitzung stattfinden kann.

Herr Groß und Frau Tielsch sind erfreut, wenn die Stadtteilbüros Bestandsschutz erlangen.

Herr Al-Omary spricht sich für unbefristete Arbeitsverhältnisse aus, bittet aber in diesem Rahmen um Informationen welche Stellen im Gegenzug eingespart werden sollen.

►►► Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Soziale Dienste
Bearbeitet von: Frau Juchems

Datum
20.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

10.10.2002

Betreff:

Entwicklung der Hilfen zur Erziehung

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nimmt den Bericht Hilfen zur Erziehung vom September 2002 zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, den Prozess der Flexibilisierung erzieherischer Hilfen im Sozialraum entsprechend der genannten Schwerpunkte fortzusetzen.

Sachverhalt / Begründung:

Der aktuelle Bericht setzt die kontinuierliche Information an den Jugendhilfeausschuss über die Entwicklung der Hilfen zur Erziehung fort und dient der kontinuierlichen Beratung zu diesem Thema.

Die im Bericht Hilfen zur Erziehung vom März 2001 dargestellten Schritte zur Optimierung des Leistungsbereiches haben sich in der Praxis bewährt. Die flexible vor Ort Versorgung der Menschen mit erzieherischen Hilfen hat sich als der richtige Weg erwiesen.

Der Ausbau präventiver Hilfen, verknüpft mit Hilfen zur Erziehung, ist im Berichtszeitraum nur ansatzweise gelungen. Dieses Ergebnis kann nicht zufriedenstellen, es sollte Ansporn für zukünftige Anstrengungen um Verbesserung der Situation sein.

Um in Zukunft verlässliche Daten gewinnen zu können, damit auf dieser Basis Prognosen und politische Entscheidungen getroffen werden können, fehlt – wie bereits mehrfach berichtet – eine spezielle Branchensoftware.

Entsprechend der Beschlusslage wird zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung der Sachverhalt in einer gesonderten Vorlage ausführlich dargestellt.

Ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit sollte die Planung und der Aufbau eines Dienstleistungszentrums in Weidenau sein.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Frau Röcher

Datum
01.07.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

03.09.2002

Betreff:

**Kindertageseinrichtungen
Beförderung von Kindergartenkindern aus Siegen-Feuersbach zum Ev.
Kindergarten Am Nochen 6 in
Kaan-Marienborn**

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, dass der bestehende Bustransport für die Kinder aus Siegen-Feuersbach zum Kindergarten Am Nochen 6, Siegen-Kaan-Marienborn, weiterhin, und zwar bis zum Ende des Kindergartenjahres 2003/2004 durchgeführt wird.

Sachverhalt / Begründung:

Um den Kindern aus dem Stadtteil Feuersbach den Besuch einer Kindertageseinrichtung zu ermöglichen, wird als freiwillige Leistung der Stadt Siegen vom Jugendamt ein Bustransport zum Kindergarten Am Nochen in Kaan-Marienborn organisiert. Da in dem Ortsteil Feuersbach keine eigene Kindertageseinrichtung ist, müssen die Kindergartenkinder in die nächst gelegene Kindertageseinrichtung Am Nochen in Kaan-Marienborn ausweichen. In mehrfachen Gesprächen haben die Eltern der Kindergartenkinder glaubhaft dargelegt, dass eine Beförderung der Kinder in Eigeninitiative nicht möglich ist. Auch die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ist aufgrund der äußerst dürtigen Verbindung zwischen Feuersbach und Kaan-Marienborn nicht möglich.

Der Jugendhilfeausschuss erklärte sich in seiner Sitzung am 10.06.1994 damit einverstanden, dass für die Kindergartenkinder aus Feuersbach ein Fahrdienst organisiert wird.

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.10.2000 wurde diese Thematik nochmals erörtert und es wurde beschlossen, dass der Fahrdienst weiterhin durchgeführt werden soll.

Die Eltern der Kinder haben seit Einrichten des Fahrdienstes zu den Fahrtkosten einen monatlichen Beitrag in Höhe von damals 15,00 DM, jetzt 20,00 DM bzw. 10,23 € geleistet, wobei Geschwisterkinder, ebenso wie Kinder, deren Eltern keinen Elternbeitrag zu zahlen brauchen, kostenlos befördert werden.

Die Eltern haben auch für das kommende Kindergartenjahr einen Antrag auf Weiterführung des Bustransportes gestellt. Der Bustransport soll befristet bis zum Ablauf des Kindergartenjahres 2003/2004 weitergeführt werden. Die Kindergartenkinder, die derzeit den Bustransport in Anspruch nehmen, werden dann eingeschult.

Für Januar bis Juli d. J. sind Transportkosten in Höhe von 4.170,00 € entstanden. Bis zum Ende des Jahres werden nochmals Kosten in Höhe von ca. 2.640,00 € entstehen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
6.810,00 €	ca. 7.000,00 €	10,23 € pro Teilnehmer und Monat		<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 8.000,00 €	Haushaltsstelle 1.454.7180.0
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	------------------------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Herrn Friesenhagen

Datum
23.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss

10.10.2002

Betreff:

Förderung der Kinder- und Jugendarbeit - Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt, den „**Verein zur Förderung der Waldorfschule für Erziehungshilfe e.V.**“ Siegen als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII anzuerkennen.

Sachverhalt / Begründung:

Das Gesetz (§ 75 SGB VIII) knüpft eine Anerkennung an folgende Bedingungen:

- ◆ Die anzuerkennenden Träger müssen auf dem Gebiet der Jugendhilfe im Sinne des § 1 SGB VIII tätig sein (§ 75 Abs. 1 Satz 1 SGB VIII).
- ◆ Die anzuerkennenden Träger müssen gemeinnützige Ziele verfolgen (§ 75 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII).
- ◆ Die anzuerkennenden Träger müssen aufgrund der fachlichen und personellen Voraussetzungen erwarten lassen, dass sie einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe zu leisten imstande sind (§ 75 Abs. 1 Satz 3 SGB VIII).
- ◆ Die anzuerkennenden Träger müssen die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes dienliche Arbeit bieten (§ 75 Abs. 1 Satz 4 SGB VIII).

Im SGB VIII wird bewusst auf eine Definition des Begriffs „*Träger der freien Jugendhilfe*“ verzichtet, um die Vielfalt der Erscheinungsformen der freien Jugendhilfe nicht unnötigerweise zu beschränken. Als Träger der freien Jugendhilfe sind demnach alle

Rechtssubjekte anzusehen, die Leistungen der Jugendhilfe erbringen, soweit sie nicht als Träger der öffentlichen Jugendhilfe anzusehen sind oder sonst als öffentliche Körperschaften Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe wahrnehmen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugendbehörden empfiehlt darüber hinaus in ihren „**Grundsätzen für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe nach § 75 SGB VIII**“ vom 14.04.1994 u. a. die Anwendung folgender Kriterien:

- ◆ Es sollte im Anerkennungsbescheid eine Feststellung darüber getroffen werden, ob es sich bei dem anzuerkennenden Träger um einen Jugendverband oder um eine Jugendgruppe handelt.
- ◆ Der anzuerkennende Träger muss selbst auf dem Gebiet der Jugendhilfe tätig sein, d. h. selbst Leistungen erbringen, die unmittelbar oder mittelbar zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe beitragen. Dabei müssen die Träger der freien Jugendhilfe nicht ausschließlich oder überwiegend Aufgaben der Jugendhilfe erfüllen. Die Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe muss aber sowohl
 - nach der Satzung als auch
 - in der praktischen Arbeitals ein genügend gewichtiger, von anderen Aufgaben abgegrenzter Schwerpunkt erscheinen.
- ◆ Als Träger der freien Jugendhilfe können nur solche Träger anerkannt werden, die sich nicht auf der Vermittlung einzelner Kenntnisse und Fähigkeiten beschränken, sondern die Entwicklung junger Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu Ziel haben.

Der vorliegende Anerkennungsantrag des „**Vereins zur Förderung der Waldorfschule für Erziehungshilfe e.V.**“ ist wie folgt zu bewerten:

1. Der Antrag erfüllt nicht die Voraussetzungen einer Einordnung in den Bereich der Jugendgruppen und Jugendverbände.
2. Mit einem Freistellungsbescheid des Finanzamtes Siegen wird die Gemeinnützigkeit im Sinne des Steuerrechts nachgewiesen. Ein Auszug aus dem Vereinsregister beim Amtsgericht Siegen liegt vor.
3. Durch die beschriebenen regelmäßigen Freizeit- und Betreuungsmaßnahmen sowie durch Wochenende- und Ferienmaßnahmen, die ehrenamtlich organisiert sind, leistet der Verein Arbeit/Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendhilfe die „*als ein genügend gewichtiger, von anderen Aufgaben des Vereins abgegrenzter Schwerpunkt*“ erscheint. Die satzungsmäßige Veränderung dieses Schwerpunktes steht zwar noch aus, ist jedoch durch vorliegende Ergänzungsabsichten glaubhaft auf den Weg gebracht.
4. Der Verein erfüllt die vorbeschriebenen Voraussetzungen bezüglich der Mitwirkung bei der Förderung der Entwicklung junger Menschen und ihrer Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten i. S. des § 1 Abs. 1 SGB VIII. Dabei ist in besonderer Weise die Arbeit mit benachteiligten bzw. behinderten Kindern und die Unterstützung von deren Familien anzuerkennen.

Nach eingehender Prüfung der eingereichten Unterlagen empfiehlt die Verwaltung des Jugendamtes eine Anerkennung des „**Vereins zur Förderung der Waldorfschule für Erziehungshilfe e.V.**“ nach § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe durch den Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen. Der Anerkennungsbescheid ist unter dem Vorbehalt auszustellen, dass der Träger innerhalb eines Jahres nach Ausstellung die beabsichtigten Satzungsergänzungen hinsichtlich der Wahrnehmung von Aufgaben der freien Jugendhilfe vorgenommen und der Verwaltung des Jugendamtes nachgewiesen hat.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Gerhard Häuser

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer

Datum
20.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

10.09.2002

Jugendhilfeausschuss

10.10.2002

Betreff:

Unterrichtung des Rates und der Fachausschüsse
- Verzeichnis der nicht ausgeführten Beschlüsse
- Zeitraum 01.07.2001 - 30.06.2002 - Fachbereich 5

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt und der Jugendhilfeausschuss der Stadt nehmen Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Dem Rat der Stadt Siegen und seinen Fachausschüssen ist entsprechend Ziff. 4.4 der Dienstanweisung zur Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse jährlich ein Verzeichnis der **nicht** ausgeführten Beschlüsse vorzulegen.

Im o. g. Zeitraum sind die in der Anlage aufgeführten Beschlüsse nicht zur Ausführung gelangt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	---	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
 Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 1

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Frau Wilhelm/Controlling - Herrn Fischer/FBL 5

Datum
16.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen

10.09.2002

Jugendhilfeausschuss

10.10.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 5 - Soziales, Familien, Jugend, Wohnen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen und der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen nehmen den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 31.07.2002 im Fachbereich 5 – einschließlich der Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Fachbereichsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 31. Juli des Jahres 2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen des Fachbereiches zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Verwaltungshaushalt:**Bewirtschaftungsstand 31.07.2002**

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0	0		0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	11.530.374	7.045.496	8.286.370		11.184.807	-345.567
Sonstige Finanzeinnahmen	983.000	357.107	614.020		1.034.150	51.150
Einnahmen gesamt	12.513.374	7.402.603	8.900.390	0	12.218.957	-294.417

Sonstige Personalausgaben	19.050	4.411	4.573		19.050	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	1.410.257	839.019	1.022.089		1.437.466	27.209
Zuweisungen und Zuschüsse	34.899.850	21.664.927	29.856.650		35.594.969	695.119
Sonstige Finanzausgaben	0	0	0		0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	36.329.157	22.508.357	30.883.312	0	37.051.485	722.328

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-23.815.783	-15.105.754	-21.982.922	0	-24.832.528	-1.016.745
--------------------------------------	--------------------	--------------------	--------------------	----------	--------------------	-------------------

Da inzwischen das Ergebnis des Jahres 2001 vorliegt, gebe ich Ihnen dieses hiermit nachrichtlich zur Kenntnis.

Ergebnis 2001		
	Haushalts- Soll DM	Ergebnis DM
Summe Einnahmen	23.696.040	26.696.217
<i>insgesamt</i>	<i>23.696.040</i>	<i>26.696.217</i>
Summe Sachausgaben	69.107.430	69.098.490
Summe SN A	18.205.870	18.125.030
<i>insgesamt</i>	<i>87.313.300</i>	<i>87.223.520</i>
Zuschussbedarf	63.617.260	60.527.303

Insoweit ergibt sich für 2001 eine Verbesserung von **3.089.957 DM** (darin nicht enthalten Spende der Sparkasse in Höhe von 1.175.950 DM). Unter Berücksichtigung dieses Wertes beträgt das Einsparpotential 1.914.007 DM/978.616,23 €.

In bezug auf die bisherige Berichterstattung 2002 und der sich daraus ergebenden Fortschreibung besteht nach dem Stand 31.07.2002 ein Defizit von rd. **1 Mio. €**. Diese Verwerfung ergibt sich maßgeblich aus dem Bereich Kindertageseinrichtungen/gesetzliche Betriebskostenzuschüsse (erwartete zusätzliche Belastung 1,2 Mio. €).

Durch entsprechende Einsparungen im Asylbewerberleistungsgesetz, der Erzieherischen Hilfen und der Kinder- und Jugendarbeit wird das voraussichtliche Defizit zum

Ende des Jahres bei rd. 0,7 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine zusätzliche Belastung von 100.000 € im Zusammenhang mit der städtischen Beteiligung an den Sozialhilfekosten gem. 2. Modernisierungsgesetz.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Im Auftrag

Horst Fischer
Fachbereichsleiter 5

Anlagen: 0